

Ausgabe 4 Mai 2016

I. Korruptionswelle erreicht chilenisches Militär



http://clcdn02.mundotkm.com/2016/05/Juan-Miguel-Fuente-Alba-OK.jpg, abgerufen: 12.05.2016

Dieser Newsletter des KAS-Länderprojekts informiert in regelmäßigen Abständen in deutscher Sprache über aktuelle Geschehnisse im Bereich Politik, Wirtschaft und Kultur in Chile.

IMPRESSUM:

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG AUSLANDSBÜRO CHILE

Enrique Nercasseaux 2381 Casilla 16280 Providencia Santiago de Chile Chile

Tel. +56 22 234 20 89 oder +56 22 233 57 33 Fax +56 22 234 22 10

www.kas.de/chile



Die Korruptionsskandale in Chile weiten sich aus. Nun steht der ehemalige Oberbefehlshaber des chilenischen Heeres unter Verdacht, Gelder des Wehretats veruntreut zu haben. Dass neben den aufgedeckten Skandalen in der Politik nun auch Führungskräfte des Militärs unter Korruptionsverdacht stehen, verschärft die aktuelle Legitimationskrise der staatlichen Institutionen. Immerhin haben sich die Medien des Landes der Aufklärung verschrieben und übernehmen damit ihre demokratische Kontrollfunktion.

Seit Anfang Mai sieht sich der ehemalige Oberbefehlshaber des chilenischen Heeres Juan Miguel Fuente-Alba (2010-2014) gezwungen, Stellung zu seinem privaten Vermögen zu nehmen. Hintergrund sind eingeleitete Untersuchungen einer in Chile seit langer Zeit bestehenden, unabhängigen juristischen Institution zur Revision öffentlicher Einrichtungen (Ministro en Visita). Der dafür einberufene Minister Omar Astudillo überprüft derzeit aufgedeckte Unstimmigkeiten bezüglich des chilenischen Gesetzes "Ley Reservada del Cobre" ("Gesetz zum Einbehalt von Kupfereinnahmen"). Das während der Militärdiktatur durch Pinochet eingeführte Gesetz sieht vor, dass zehn Prozent der jährlichen Brutto-Exporteinnahmen für Kupfer in die Ertüchtigung des Militärs fließen. Hochrechnungen zufolge ergab sich daraus zwischen den Jahren 2000 und 2015 eine Summe von knapp 14 Milliarden US-Dollar. Der jährliche chilenische Staatshaushalt umfasst ca. 900 Mio. € (2014).

Bei der Untersuchung dieser Geldflüsse stieß der selbstständige chi-



SEITE 2 VON 7

lenische Journalist Mauricio Weibel - Mitglied des Verbands "Reporter ohne Grenzen" - auf eine mutmaßliche Unterschlagung von umgerechnet sechs Millionen Euro während der Amtszeit des Oberbefehlshabers Fuente-Alba. Sein monatliches Gehalt belief sich offiziell auf circa 5.000 Euro, während sein Privatvermögen nun von der oben genannten Untersuchungsinstitution des Ministros en Visita auf knapp vier Millionen Euro geschätzt wurde und deutlich das übersteigt, was er während seiner Militärkarriere hätte verdienen können. Zudem sorgte seine große Anzahl an Luxusautos und Immobilien für Aufsehen.

Fuente-Alba weist die Vorwürfe der Geldveruntreuung entschieden zurück. Der chilenischen Tageszeitung La Tercera reichte er eine Erklärung ein, in der er sich von jeglichen Vorwürfen distanzierte: "Ich verfüge nicht annähernd über ein Vermögen von vier Millionen Euro" war eine seiner Aussagen. Außerdem hätte er durch die vielen Auslandseinsätze, die er in seiner 44-jährigen Militärkarriere bestritt, auf

legitime Weise von Auslandszulagen profitiert. Alles sei transparent und könne nachgeprüft werden, so der ehemalige General, der sein Amt 2014 an seinen Nachfolger Humberto Oviedo Arriagada übergab. Fuente-Alba bekräftigte seine Kooperationsbereitschaft bei der des Korruptionsver-Aufklärung dachts, indem er sich dazu bereit erklärte, Mitte Mai bei der einberu-Untersuchungskommission fenen zur Klärung des Betrugs der Militärfinanzierung vorzusprechen. Bei einer bereits im März einberufenen Sitzung zur Klärung von Unstimmigkeiten erschien Fuente-Alba nicht. Er verweigerte sich schlicht diesem Termin, da er die Anschuldigungen für unbegründet hält.

Kritiker fordern währenddessen eine Reform des aus den 50er Jahren stammenden "Ley Reservada del Cobre" ("Gesetz zum Einbehalt von Kupfereinnahmen") hin zu einer konstanten und transparenten staatlichen Finanzierung des Militärs, da die an Exporterlöse gekoppelte Militärfinanzierung aufgrund oszillierender Rohstoffpreise



FOKUS CHILE



schwanke und institutionell nicht ausreichend kontrolliert sei.

QUELLEN:

HTTP://RADIO.UCHILE.CL/2016/05/03/SE-ESTRECHA-CERCO-JUDICIAL-EN-TORNO-DEL-GENERAL-R-FUENTE-ALBA (LETZTER ZUGRIFF 12.05.2016)

HTTP://www.latercera.com/noticia/politica/2016/05/674-679789-9-las-cuentas-pendientes-del-condefuentealba.shtml (LETZTER ZUGRIFF 12.05.2016).

HTTP://www.lanacion.cl/noticias/pais/nacional/fuente-alba-por-investigacion-no-tengo-un-patrimonio-de-tres-mil/2016-05-07/183044.html (LETZTER ZUGRIFF 12.05.2016)

II. Notstand durch Algenplage und gewaltsame Proteste auf Chiloé

Seit mehreren Wochen ist ein immer größer werdender Teil des Pazifiks vor der südlichen Küste Chiles von einer toxischen Algenplage befallen. Der im weiträumigen Gebiet um die Insel Chiloé wütende Algenbefall (spanisch *Marea Roja*, Rote Flut) hat die dortigen Gewässer kontaminiert und dadurch große Fischbestände stark reduziert.

Am 21. April wurde eine Gesundheitswarnung ausgesprochen und das Fischen verboten, am 29. April die komplette Küste der Region *Los Lagos*, und diese Woche ebenfalls

die Region *Los Ríos* zum Katastrophengebiet erklärt. Die toxische Algenplage gefährdet die Existenzgrundlage der lokalen Fischer vor allem auf der Insel Chiloé und hat

in den letzten Wochen daher zu heftigen Protesten geführt. Die Betroffenen fordern von der Regierung Kompensationszahlungen für die entgangenen Einkommen sowie eine angemessene Regulation der industriellen Lachszucht.



http://www.t13.cl/noticia/nacional/el-mapa-nuevas-zonas-afectadas-marea-roja-sur-del-pais abgerufen: 12.05.2016

Nach einem Bericht von *Green*peace vor Ort erleben die Inselbewohner "eine der schlimmsten Umweltkatastrophen der Geschich-



FOKUS CHILE



te (...), Fische, Krustentiere und Vögel schwimmen Tod im Wasser und Meeressäuger stranden auf der Suche nach Nahrung tödlich".

Die Algenplage ist seit den siebziger Jahren in wiederholten Abständen aufgetreten Der aktuelle Ausbruch der *Marea Roja* ist der vierte Befall, der in Chiloé aufgezeichnet wurde, die vorherigen erfolgten in den Jahren 2002, 2006 und 2009.

Das Phänomen resultiert aus der Zunahme der Mikroalge Alexandrium Cantele, die Toxine beinhaltet. Durch eine Zunahme der Meerestemperatur, in diesem Fall hervorgerufen durch das Klimaphänomen El Niño, werden mehr Nährstoffe im Meer produziert, wodurch das Wachstum der toxischen Alge beschleunigt wird. In den vorherigen Jahren war das Aufkommen der Algen geringer. Experten führen die aktuell besonders gravierende Plage auf die durch den Klimawandel zusätzlich steigende Meerestemperatur zurück.

Durch die Intoxikation von Muscheln, welche als Meeresfrüchte konsumiert werden, können dabei auch Gesundheitsgefährdungen für Menschen ausgehen. Seit 1972 sind 23 durch die toxische Alge verursachte menschliche Todesfälle bekannt.

Betroffene und Kritiker geben zudem der Lachszuchtindustrie der Region die Schuld an der Epidemie: Anfang März gingen 39.000 Tonnen gezüchteten Seelachs in einem Lachszuchtbecken zugrunde, wovon kürzlich ca. 4.000 Tonnen tote Seelachse durch die Wasserschutzpolizei im offenen Meer, 75 Meilen von der Küste entfernt, "entsorgt" wurden. Nachdem einen großen Teil der verfaulten Seelachse an Fischmehl Industrien und an Land-Deponien verfrachtet wurde. Die Ursache des Massensterbens ist Erstickung durch die Mikroalge. Die Begründung der Fischer ist, dass die enorme Lachsindustrie zumindest teilweise Industrialisierung der Fischerei Schuld an der Misere hätte, bleibt seitens der staatliche Behörden und forschenden Meeresbiologen weitgehend unberücksichtigt.

Das Haupt-Krisengebiet, die Insel Chiloé, ist seit zehn Tagen auf-







grund der Proteste vom Rest des Kontinents isoliert. Verkehrsverbindungen und der Hafenzugang erliegen den Blockaden der Proteste.

Aufgrund des Druckes der Öffentlichkeit machte die Regierung den Fischern am vierten Mai ein finanzielles Kompensationsangebot: Jede betroffene Familie soll demnach 300.000 chilenische Peso (knapp 400 Euro) als Einnahmenentschädigung für Mai und 150.000 chilenische Peso für die folgenden drei Monate erhalten. Doch die geschätzt 25.000 Betroffenen verlangen sechs aufeinanderfolgende Entschädigungszahlungen in Höhe 300.000 CLP, insgesamt von 1.800.000 CLP (2.317 Euro) pro Familie. Am 20. Mai verkündete die Presse, dass die Regierung mit der Mehrheit der Kommunen der betroffenen Region Übereinkünfte in Punkto Entschädigungszahlungen treffen konnte. Die genaue Höhe der endgültigen finanziellen Boni wurde bisher nicht verkündet.

Um mögliche langfristige Lösungsstrategien für diese Art von Umweltkatastrophen zu identifizieren, beschloss das Parlament am elften Mai die Bereitstellung von Mitteln zur Erstellung einer Studie, welche die konkreten Ursachen der Katastrophe klären soll. Experten sind sich derzeit lediglich darüber einig, dass es sich bei diesem Phänomen um ein Problem vielfältiger Ursache handelt.

QUELLEN:

HTTP://WWW.BBC.COM/MUNDO/NOTICIAS/2016/05/1605
03_CHILE_MAREA_ROJA_CATASTROFE_ALERTA_SANITARI
A_AB (LETZTER ZUGRIFF 12.05.2016)
HTTP://WWW.EMOL.COM/NOTICIAS/NACIONAL/2016/05/1
0/802180/MAREA-ROJA-SESION-ESPECIAL-DE-CAMARA-DE-DIPUTADOS-RESUELVE-ADOPTAR-MEDIDAS-PARA-AFRONTAR-LA-CRISIS.HTML (LETZTER ZUGRIFF
12.05.2016)

HTTP://WWW.LATERCERA.COM/NOTICIA/NACIONAL/2016/ 05/680-679373-9-CHILDE-COMIENZA-EL-DESABASTECIMIENTO-Y-LA-FALTA-DE-COMBUSTIBLE.SHTML (LETZTER ZUGRIFF 12.05.2016)

III. Massenfreilassung von Häftlingen

Anfang Mai wurden 2.258 Gefangene in Chile auf Bewährung freigelassen. Während Regierungsvertretet die Entlassung von als besonders gefährlich eingestuften Straftätern sowie die hohe Anzahl der Freilassungen in Frage stellen verteidigt das Oberste Gericht seine Entscheidung.



FOKUS CHILE

Ausgabe 4 Mai 2016

SEITE 6 VON 7

Das im Jahr 2012 eingeführte Gesetz Nr. 20.587 gibt der Justiz die Möglichkeit einer vorzeitigen Gefangenen-Entlassung, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Wichtig an dieser gesetzlichen Regelung ist, dass keine Genehmigung der Regierung hierfür erforderlich ist, sondern lediglich eine unabhängige Bewährungskommission der jeweiligen Berufungsgerichte darüber entscheidet.



http://www.latercera.com/noticia/nacional/2016/05/680-680193-9-suprema-cuestiona-a-gendarmeria-por-informes-de-reos-de-punta-peuco.shtml abgerufen 13.05.2016

Die Überfüllung der Gefängnisse wird als Hauptauslöser der Gesetzesreform zur Regelung der bedingten Entlassung angesehen. Im Bericht der Universität Diego Portales über die Menschen-Chile, wurden rechte in schlechten Haftbedingungen stark kritisiert, nach Aussage des Obersten Gerichtshofes seien die Haftanstalten in Chile im Durchschnitt zu 60% überlastet. Was fehlt, seien Mittel zur Finanzierung von Gefängnissen mit menschenwürdigen Bedingungen. Auch für Integrationsprogramme, um Sträflingen den Weg zurück in die Zivilgesellschaft zu ebnen, seien keine ausreichenden finanziellen Mittel vorhanden. Derzeit sollten 29.694 Wiederbeschäftigungsprogramme ausgeführt werden, die verfügbaren Gelder reichen jedoch nur zur Durchführung von 2,5% der benötigten Programme. Daher können Gefangene, die mehr als die Hälfte ihres Strafmaßes unter guter Führung verbüßt haben und regelmäßig aktiv an Workshops und Schulungen teilnehmen, nun eine Bewährung beantragen. Im Falle schwererer Delikte wie Mord, Totschlag, Raub mit Mord, Vergewaltigungsdelikten, Kindermord oder Drogenhandel müssen die Häftlinge zwei Drittel ihre Strafe verbüßt haben, bevor sie Bewährung beantragen könnten.

Insgesamt wurden im diesem Halbjahr landesweit 5.683 Bewährungen beantragt, davon genehmigten die Bewährungskommissionen 32,3% der eingegangenen Anträ-







ge. Auffällig ist dabei, dass in der Region Valparaíso 90% der Anträge (788 von 875 Fällen) stattgegeben wurden. Die Freilassung der knapp 800 Sträflinge in Valparaíso beunruhigt die lokalen Anwohner. Ihre Befürchtung ist, dass Anträge nicht ausreichend geprüft wurden Schwerverbrecher und dadurch entlassen worden seien. Die Strafmaße für Kleinkriminalität, wie beispielsweise der Besitz von Rauschgift, stünden laut Kritikern im keinem Verhältnis zu den Strafen für immense Steuerhinterziehungen. Besonders für gewalttätige Verbrechen fordert die Bevölkerung härtere Strafen. Die derzeitigen Entlassungen und die fehlende Integration der Straftäter stehen im Kontrast zu dem aktuellen Diskurs in der Gesellschaft. Das Thema "innere Sicherheit" spielt im anbrechenden Kommunalwahlkampf eine bedeutende Rolle, da sich die Kriminaldelikte in den vergangenen Jahren wieder gehäuft haben.

GENDARMERIA-POR-INFORMES-DE-REOS-DE-PUNTA-PEUCO.SHTML (LETZTER ZUGRIFF 13.05.2016)

HTTP://WWW.LATERCERA.COM/NOTICIA/OPINION/IDEAS-Y-DEBATES/2016/05/895-679642-9-LIBERTAD-CONDICIONAL-MAL-APLICADA.SHTML (LETZTER ZUGRIFF 13.05.2016)

HTTP://WWW.LATERCERA.COM/NOTICIA/POLITICA/2016/ 05/674-679938-9-LAS-DUDAS-QUE-DEJA-LA-LEY-QUE-MODIFICO-EL-REGIMEN-DE-LIBERTAD-CONDICIONAL-EN.SHTML (LETZTER ZUGRIFF 13.05.2016)

HTTP://WWW.BCN.CL/LEYFACIL/RECURSO/LIBERTAD-CONDICIONAL (LETZTER ZUGRIFF 13.05.2016)

HTTP://WWW.T13.CL/NOTICIA/NACIONAL/RADIOGRAFIA-LIBERTAD-CONDICIONAL-REOS-CHILE-CIFRAS-CIUDAD (LETZTER ZUGRIFF 13.05.2016)

QUELLEN:

HTTP://WWW.LATERCERA.COM/NOTICIA/NACIONAL/2016/ 05/680-680260-9-GOBIERNO-RESPALDA-INFORMES-DE-GENDARMERIA-SOBRE-REOS-DE-PUNTA-PEUCO.SHTML (LETZTER ZUGRIFF 13.05.2016)

HTTP://WWW.LATERCERA.COM/NOTICIA/NACIONAL/2016/ 05/680-680193-9-SUPREMA-CUESTIONA-A-

